

Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V.

Hamburger Aufruf

**zum Gedenktag „Deutsche Erinnerungskultur“ am 29. April 2005
aus Anlaß der 60. Wiederkehr des 8. Mai 1945**

Wir, Frauen und Männer aus dem Volk, die sich um Deutschlands Zukunft sorgen, rufen unsere Vertreter im Deutschen Bundestag auf, das reiche, positive Erbe unserer Vorfahren dankbar anzunehmen, planvoll zu pflegen und öffentlich nachhaltig bewußt zu machen.

Zugleich fordern wir die Beendigung der überzogenen und unangemessenen Bußkultur, die sich in einer zerstörerischen Selbstbeichtigung und in einer Art Schuldstolz äußert, welche das Mißtrauen anderer Nationen wecken. Darüber hinaus ist dafür zu sorgen, daß der Innere Frieden und die Achtung im Ausland nicht ständig durch die Berufung auf angeblich vorhandene Fremdenfeindlichkeit, auf Rassismus und Antisemitismus in der alltäglichen politischen Auseinandersetzung beeinträchtigt werden.

Wir erwarten von den Volksvertretern die gezielte Förderung von Selbstachtung und gesundem Selbstbewußtsein und damit von Vitalität und Kraft der Deutschen, um die großen Herausforderungen der Gegenwart und die schwierigen Aufgaben zur Gestaltung der Zukunft meistern zu können.

Deutsche Erinnerungskultur muß dem Anspruch des Grundgesetzes gerecht werden, dem Wohl des deutschen Volkes zu dienen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden. Dazu gehören vor allem die Besinnung auf die Leistungen und das Vermächtnis der Vorfahren, auf die Wurzeln unserer Kultur sowie die positiven Eigenschaften und Fähigkeiten der Deutschen, die in vielen Jahrhunderten gewachsen sind und unsere Lebensart prägen. Nur so können wir als Volk überleben und Mitverantwortung für Europa tragen.

Hamburg, den 29. April 2005

Anmerkung der SWG: Dieser Aufruf ist die Resolution der 350 Teilnehmer an der Veranstaltung Gedenktag „Deutsche Erinnerungskultur“ am 29. April 2005 in Hamburg. Weitere 500 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft haben den Aufruf durch ihre Unterschrift als Erstunterzeichner unterstützt. Die SWG sieht hierin ein sehr deutliches Zeichen breiter Zustimmung im Volk für einen Appell an die Volksvertreter zum positiven Umgang mit unserer Geschichte und Kultur sowie zur Förderung nationalen Selbstbewußtseins.